

Gesellschaftliche Anerkennung sozialer Berufe: Sie beginnt im eigenen Berufsverständnis.

Die gesellschaftliche Anerkennung sozialer Berufe wie der Sozialen Arbeit, der Erziehung oder anderer pädagogischer Tätigkeiten wird seit vielen Jahren diskutiert. In den Diskussionen werden die Ursachen häufig bei politischen Entscheidungen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder gesellschaftlichen Entwicklungen gesucht. Diese Faktoren spielen zweifellos eine wichtige Rolle. Deutlich seltener wird jedoch eine andere Frage gestellt: Welchen Anteil hat das Selbstverständnis unserer Berufsgruppe an dieser Entwicklung?

Gerade diese Frage erscheint jedoch bedeutsam. Denn die Wahrnehmung eines Berufes entsteht nicht nur durch äußere Einflüsse, sondern auch durch die Art und Weise, wie sich eine Berufsgruppe selbst definiert. Welche Tätigkeiten erkennen wir als Teil unseres Berufsfeldes an? Welche Aufgaben betrachten wir als wertvoll? Und wie gehen wir mit Kolleginnen um, deren Arbeit nicht unmittelbar im Kontakt mit Klientinnen stattfindet?

In meiner beruflichen Laufbahn als Erzieher, Sozialarbeiter, Sozialpädagoge und später als Interessenvertreter ist mir immer wieder ein Widerspruch begegnet: Einerseits beklagen wir als Berufsgruppe mangelnde Anerkennung, geringe politische Einflussmöglichkeiten und unzureichende Arbeitsbedingungen, andererseits jedoch erkennen viele Fachkräfte nur einen begrenzten Teil unseres eigenen Tätigkeitsfeldes als „richtige“ Soziale Arbeit an.

Für viele gilt vor allem die direkte Arbeit mit Klient*innen als Kern der beruflichen Tätigkeit. Wer Jugendliche begleitet, Familien berät oder Menschen in schwierigen Lebenssituationen unterstützt, wird selbstverständlich als Fachkraft wahrgenommen. Übernimmt eine Person jedoch Aufgaben in einer Mitarbeitervertretung als Interessenvertretung der Beschäftigten, wird häufig infrage gestellt, ob diese Tätigkeit überhaupt noch sozialarbeiterisch sei.

Nicht selten hört man Aussagen wie: „Du arbeitest ja gar nicht mehr sozialarbeiterisch.“

Diese Sichtweise erscheint problematisch. Denn dieselben Kolleginnen, die über Personalmangel, Arbeitsverdichtung oder mangelnde Wertschätzung klagen, sprechen oftmals genau denjenigen die Zugehörigkeit zum Berufsfeld ab, die sich für Verbesserungen dieser Bedingungen einsetzen. Dabei sind gute Arbeitsbedingungen

eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Fachkräfte Klient*innen professionell begleiten und unterstützen können. Arbeitszeitregelungen, Gesundheitsschutz, Fortbildungsmöglichkeiten oder Vergütung sind keine Nebensächlichkeiten. Sie bilden die Grundlage dafür, dass professionelle soziale Arbeit überhaupt gelingen kann.

Wer sich für bessere Rahmenbedingungen einsetzt, arbeitet daher nicht außerhalb des Berufsfeldes, sondern an dessen Voraussetzungen. Dennoch scheint in vielen Bereichen ein Berufsverständnis vorzuherrschen, das Soziale Arbeit fast ausschließlich auf den unmittelbaren Kontakt mit Klient*innen reduziert.

Hier entsteht ein bemerkenswerter Widerspruch: Einerseits wird beklagt, dass Politik soziale Berufe nicht ausreichend ernst nimmt und wichtige Entscheidungen häufig ohne die Beteiligung von Fachkräften getroffen werden, andererseits wird jedoch die Arbeit von Interessenvertretungen innerhalb der eigenen Berufsgruppe oft geringgeschätzt. Wer politische Mitsprache fordert, muss jedoch auch anerkennen, dass diese Mitsprache organisiert werden muss.

Moderne demokratische Gesellschaften funktionieren nicht in erster Linie über einzelne Personen, die ihre Anliegen individuell vortragen. Interessen werden gebündelt, vertreten und politisch eingebracht. Mitarbeitervertretungen erfüllen genau diese Funktion. Sie schaffen Sichtbarkeit, formulieren Forderungen und verleihen den Anliegen einer Berufsgruppe Gewicht.

Dennoch vertreten Beschäftigte in sozialen Berufen die Haltung: „Wenn ich ein Problem habe, regle ich das selbst.“ Diese Einstellung mag aus einer Zeit stammen, in der viele Entscheidungen überschaubarer waren und persönliche Einflussmöglichkeiten größer erschienen. Die heutigen gesellschaftlichen und politischen Strukturen sind jedoch wesentlich komplexer. Einzelne Fachkräfte können Arbeitsbedingungen, Finanzierungsstrukturen oder gesetzliche Rahmenbedingungen nur begrenzt beeinflussen. Organisierte Interessenvertretung ist deshalb keine Nebentätigkeit, sondern eine notwendige Voraussetzung für Mitbestimmung.

Diese Entwicklung betrifft nicht ausschließlich die Soziale Arbeit. Ähnliche Muster finden sich auch in anderen sozialen, pädagogischen und teilweise pflegerischen Berufen. Überall dort, wo die direkte Arbeit mit Menschen als einzige „echte“ berufliche Tätigkeit angesehen wird, geraten andere wichtige Aufgabenfelder in den Hintergrund. Dazu gehören berufspolitisches Engagement, Interessenvertretung und die aktive Gestaltung von Rahmenbedingungen.

Vielleicht beginnt die Diskussion über gesellschaftliche Anerkennung deshalb nicht nur außerhalb unserer Berufsgruppe, sondern auch innerhalb von ihr. Solange wir ausschließlich die unmittelbare Arbeit mit Klient*innen als vollwertige berufliche Tätigkeit anerkennen, begrenzen wir unser eigenes Berufsverständnis. Wir schwächen damit auch unsere Fähigkeit, gesellschaftlich und politisch Einfluss zu nehmen.

Wer Menschen begleitet, berät oder unterstützt, leistet wichtige soziale Arbeit. Wer ausbildet, koordiniert oder leitet, leistet wichtige soziale Arbeit. Und auch wer sich in einer Mitarbeitervertretung für bessere Rahmenbedingungen der Beschäftigten einsetzt, trägt unmittelbar zur Qualität sozialer Arbeit bei.

Gerade deshalb kommt Mitarbeitervertretungen eine besondere Verantwortung zu. Sie vertreten nicht nur die Interessen der Beschäftigten, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherung guter Arbeitsbedingungen und damit zur Qualität sozialer Arbeit. Wer die gesellschaftliche Anerkennung sozialer Berufe stärken möchte, sollte sich deshalb nicht nur für gute Arbeit mit Klient*innen einsetzen, sondern auch bereit sein, Verantwortung in der Interessenvertretung zu übernehmen und sich gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen zu engagieren. Denn eine starke soziale Arbeit braucht auch eine starke Stimme ihrer Beschäftigten.

Euer

GrammatikFehler